



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

Pr.Zl. 5901/43-4-91

**II-3197 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode**

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telefax 61 3221155
Telefax (0222) 713 78 76
DVR: 009 02 04

1392IAB

1991 -08- 30

zu 1459 IJ

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.
Mag. Kukacka und Kollegen vom 9. Juli 1991,
Nr. 1459/J-NR/1991, "Erlaß des Bundes-
ministeriums für öffentliche Wirtschaft und
Verkehr vom 27. Mai 1991 zur Frage von
Duplikaten von § 57a-Gutachten"

Ihre Fragen

"Sind Sie bereit, den Erlaß des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 27. Mai 1991 betreffend die Ausstellung von Duplikaten von § 57a-Gutachten zurückzunehmen?"

Wenn ja, bis wann?

Wenn nein, warum nicht?

Im Falle einer ablehnenden Stellungnahme, welche rechtlichen Argumente sprechen aus Ihrer Sicht gegen die oben in der Begründung dieser Anfrage dargelegten Rechtsauffassung?"

darf ich wie folgt beantworten:

Der gegenständliche Erlaß vom 27. Mai 1991 wurde bereits aufgehoben und ersetzt durch den Erlaß vom 15. Juli 1991.

In diesem ist nunmehr vorgesehen, daß eine polizeiliche Verlust- oder Diebstahlsanzeige nicht erforderlich ist, wenn jene Begutachtungsstelle um Ausstellung eines Duplikates ersucht wird, welche die Begutachtung durchgeführt hat und auch

- 2 -

das ursprüngliche Gutachten ausgestellt hat. Die Begutachtungsstelle kann anhand ihrer zweiten Ausfertigung auf Verlangen ein Duplikat des Gutachtens ausstellen.

Wien, am 28. August 1991
Der Bundesminister

